

## Moderne Berufe für den Groß- und Außenhandel

*Das Berufsbild Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel wurde zuletzt 2006 reformiert. Seitdem haben sich die Anforderungen an die Mitarbeiter im Handel weiterentwickelt. Unter anderem werden mit der fortschreitenden Digitalisierung und der wachsenden Bedeutung des E-Commerce neue Kompetenzen in der Arbeitswelt benötigt. Diese veränderten Anforderungen sollen nun auch in der Berufsausbildung berücksichtigt werden. Zudem ist ein völlig neues Berufsbild in Planung.*

Der BGA-Berufsbildungsausschuss nimmt den Wandel im Handel zum Anlass, nach fast zehn Jahren eine **Modernisierung des Berufsbildes Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel** anzustreben, vor allem auf dem Handlungsfeld E-Commerce. Zwar gehört es formal schon heute zum Berufsbild, im Rahmen der Anwendung von Informations- und Kommunikationssystemen die Möglichkeiten des elektronischen Handels zu nutzen. Dies gilt es zu stärken. Daneben bietet eine Neuordnung die Chance, auch an anderen Stellen nachzusteuern und grundsätzliche Veränderungen in der dualen Ausbildung, wie beispielsweise eine stärkere Kompetenzorientierung, umzusetzen.

### Neues Berufsbild in Planung

Parallel hierzu gibt es branchenübergreifend die Absicht, einen völlig neuen Beruf für den Vertrieb von Waren und Dienstleistungen über das Internet (**Kaufmann/-frau für E-Commerce**) zu schaffen. Ausgehend vom klassischen Versandhandel, hat der E-Commerce wachsende Bedeutung in vielen Wirtschaftsbereichen, z.B. Großhandel, Industrie, Tourismus, Versicherungen, Unterhaltung, Informations- und Kommunikationstechnologie.

Der geplante Beruf soll nicht in direkter Konkurrenz zu klassischen Waren- und Dienstleistungskaufleuten stehen, wie Groß- und Außenhandelskaufmann, Einzelhandelskaufmann oder Tourismuskauflmann, sondern eine Ergänzung des Spektrums der dualen Berufsausbildung darstellen. Vermittelt werden sollen insbesondere Kompetenzen, die durch die Möglichkeiten des Internets und der Digitalisierung im Onlinevertrieb von Waren und Dienstleistungen gefragt sind. Damit soll letztlich auch die duale Berufsausbildung gegenüber der akademischen Bildung im zukunfts-

trächtigen E-Business gestärkt werden. Eine Binnendifferenzierung des Berufes zur Anpassung an betriebliche Besonderheiten könnte durch Wahlqualifikationen erfolgen. Hier ist die Diskussion aber noch in vollem Gange.

### Großes Interesse an Fachleuten für E-Commerce

Die Idee für einen eigenen Beruf im E-Commerce stammt ursprünglich vom Bundesverband E-Commerce und Versandhandel (bev). Mitte dieses Jahres stellte dann der HDE darauf basierend ein erstes Konzept zur Diskussion. Seitdem haben viele Branchen Interesse an diesem speziellen Beruf rund um den Vertrieb über das Internet signalisiert. Auch im Groß- und Außenhandel gibt es den Wunsch nach einem internetaffinen Ausbildungsberuf für das Onlinegeschäft. Es gibt aber auch Gegenstimmen.

Um den Anforderungen der Praxis in den anstehenden Neuordnungsverfahren gerecht zu werden, führt der BGA aktuell eine Befragung der Ausbildungsverantwortlichen im Groß- und Außenhandel durch. Angesichts einer prognostizierten Dauer der Neuordnungsverfahren von zwei Jahren, ist davon auszugehen, dass die ersten ausgebildeten Kaufleute in den neuen Berufen ihre Ausbildung frühestens 2020 abschließen werden.

Der BGA führt am 18. Januar 2016 in Berlin einen Praxisworkshop zu den Inhalten einer Ausbildung im B2B-E-Commerce durch, zu dem betriebliche Praktiker aus möglichst vielen Großhandelsbranchen eingeladen sind.

① Sollten Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden sich bitte bei Denis Henkel, [denis.henkel@bga.de](mailto:denis.henkel@bga.de), 030-590099547.

[Denis Henkel]

## BGA AKTUELL

---

### BGA: Verhaltener Start ins Schlussquartal 2015

„Nach einem Sommerhoch startet der Außenhandel eher verhalten in das Schlussquartal 2015. Die Zahlen bestätigen aber weiterhin den Trend, dass die EU-Länder unsere wichtigsten Außenhandelspartner sind. Umso wichtiger ist es, europäische Tendenzen von Nationalismus entgegenzuwirken, die nur zu wirtschaftlicher Instabilität und politischer Abschottung führen.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für Oktober 2015 bekanntgegeben. Demnach sind die deutschen Exporte im Oktober im Vorjahresvergleich um 3,3 Prozent gestiegen, während die Importe um 3 Prozent zugelegt haben. Damit erhöhte sich die Außenhandelsbilanz im Oktober abermals und schloss mit einem Überschuss von 22,5 Milliarden Euro ab.

„Die Außenhandelszahlen für Oktober sprechen eine deutliche Sprache: Geschäfte mit den Drittländern sind trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung der USA weiterhin nicht verlässlich. Auch wenn der billige Euro und die Niedrigpreise für Öl derzeit gute Bedingungen für die deutsche Wirtschaft schaffen, hilft dies doch nicht über die fehlende Nachfrage in den Zielländern wie China hinweg. In Zeiten solch unsicherer Konjunkturlagen ist es umso wichtiger, bessere Handelsbedingungen zu schaffen. Dafür brauchen wir schnellstmöglich den Abschluss von TTIP“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 9. Dezember 2015

### Wirtschaftsverbände fordern Stopp der geplanten Finanztransaktionssteuer

Die führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands fordern in einer gemeinsamen Stellungnahme die europäischen Finanzminister auf, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. Mit keinem der bisher diskutierten Modelle sei es gelungen, die negativen Auswirkungen auf Wachstum, Beschäftigung und Altersvorsorge oder die drohende Fragmentierung des europäischen Finanz- und Investitionsstandorts zu vermeiden. Wenn das erklärte Ziel der Europäischen Kommission darin bestehe,

Wachstum und Beschäftigung in Europa zu stärken, müsse die Idee einer Finanztransaktionssteuer jetzt verworfen werden.

Negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft erwarten die Verbände unter anderem durch die steuerliche Belastung von Sicherungsgeschäften, etwa im Bereich des Außenhandels. Dies schwäche die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa. Auch auf die Unternehmensfinanzierung wirke sich die Steuer negativ aus, da die Refinanzierungskosten der Banken deutlich stiegen.

Neben diesen Auswirkungen auf die Unternehmen hätten auch andere Bereiche nach Angabe der Verbände unter der Steuer zu leiden, denn auch bei der privaten und betrieblichen Altersvorsorge käme es zu ungerechtfertigten Belastungen. Obwohl Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds, Pensionskassen und andere Einrichtungen der privaten und betrieblichen Altersvorsorge fast ausschließlich langfristige und sichere Anlagestrategien verfolgten, wären sie gleichwohl von der Steuer betroffen. Die Erträge und damit auch die Rentenansprüche der Arbeitnehmer würden erheblich verringert.

Insgesamt würden sich die Belastungen der Finanztransaktionssteuer auf mehrere Milliarden Euro jährlich summieren und damit Wirtschaft und Bürgern massiv treffen. Auch nach mehr als zweieinhalb Jahren Arbeit an dem aktuellen Kommissionsentwurf lägen noch keine Lösungen für die zahlreichen seitens der Wirtschaft aufgezeigten Probleme vor. Im Interesse einer notwendigen Stabilisierung des europäischen Wirtschaftsraums wäre es daher am sinnvollsten, das Projekt einzustellen.

① Pressemitteilung (Auszug) von BGA und anderen führenden Wirtschaftsverbänden vom 8. Dezember 2015

## AUSSENWIRTSCHAFT

---

### EuroCommerce: Export Working Group / Update zu Konfliktmineralien

Die jüngste Sitzung des Jahres von der Export Working Group bei EuroCommerce fand unter dem Vorsitz von Gregor Wolf am 20. November in Brüssel statt. Zunächst stellte Bernd Gruner aus dem BGA-Büro in Brüssel die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Marktzugangsfragen vor. So vertritt Gruner nicht nur den BGA sondern auch EuroCommerce in dem relevanten Market Access Advisory Commit-

tee. Anschließend stellte die Wirtschaftskammer Österreich die zahlreichen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung Österreichs als best practice und Ideengeber für die nationalen Außenwirtschaftsförderstrategien weiterer Mitgliedsstaaten vor. Im Mittelpunkt stand jedoch die Diskussion um den zukünftigen Umgang mit Konfliktmineralien (Tin, Tantalum, Tungsten und Gold).

Hierzu informierte zunächst Michelangelo Margherita von der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission über den aktuellen Stand der Diskussion. Im März 2014 hatte die Europäische Kommission einen Vorschlag zum Umgang und zu Transparenzanforderungen beim Handel mit Konfliktrohstoffen erarbeitet und vorgestellt. Der Vorschlag sah, aufbauend auf schon existierenden Initiativen der Privatwirtschaft, ein vollkommen freiwilliges System der Rückverfolgbarkeit vor.

Am 20. Mai 2015 beschloss das Europäische Parlament mit einem Votum von 420 Stimmen ein verpflichtendes System der Rückverfolgbarkeit zu verlangen. Diese sogenannte „downstream“-Ansatz zielt dabei auf die gesamte Lieferkette von der Miene über die Hütte, den Importeur bis hin zum Endverbraucher ab.

Als Reaktion erarbeitete der BGA gemeinsam mit dem DIHK und dem BDI ein Positionspapier, das sich einstimmig gegen diesen Ansatz ausspricht.

Die Kommission bereitet derzeit einen Kompromissvorschlag vor. Dieser Vorschlag sieht wohl vor, dass die verpflichtenden Rückverfolgbarkeitsanforderungen nur im sogenannten „upstream“-Bereich zur Anwendung kommen sollen. Dieser Bereich ist definiert als Lieferkette zwischen der Miene bis zur Hütte und zum Importeur. Man ist der Auffassung, dass die große Mehrheit der Metallhändler direkt von der Hütte kauft und damit eine Rückverfolgbarkeit auch machbar ist. Recycelte Metalle sollen ausgenommen werden. Seine großen Bedenken hierzu hat der BGA vorgetragen.

Ein weiteres Problem stellt die Definition der problematischen Regionen dar. So war es im Zuge der Umsetzung des Dodd-Frank Wall Street Reform Acts dazu gekommen, dass aufgrund des unternehmerischen Risikos aus bestimmten Regionen keine Ware mehr importiert wurde. Um dies zu vermeiden, weigert man sich nun, eine abschließende Liste der problematischen Regionen zu erstellen und hat diese stattdessen äußerst vage definiert.

Die großen Bedenken hinsichtlich des hohen unternehmerischen Risikos und der Umsetzbarkeit dieser Anforderung konnten wir auch der zuständigen Direktorin in der GD Handel, Signe Ratso, mit auf den Weg geben. So fand am 24. November 2015 im BMWi eine Dialogveranstaltung mit der Europäischen Kommission zur Marktzugangsstrategie der EU statt. Wolf schilderte dabei im Rahmen eines Kurzstatements die Herausforderungen, die durch das Informationsbedürfnis der Kommission bei Marktzugangsproblemen für KMUs entstehen sowie den großen Nutzen, den die Marktzugangsdatenbank als Informationslieferant darstellt.

Entscheidend ist nun, dass wir diese Bedenken mit Beispielen aus der Praxis untermauern können. Wie häufig werden beispielsweise die entsprechenden Mineralien von den Metallhändlern direkt bei den Hütten erworben oder ist nicht in der Regel mindestens ein Zwischenhändler eingeschaltet? Für eine zeitnahe Rückmeldung zu dieser Problematik wären wir dankbar, da wir der Kommission zugesichert haben, uns insbesondere zu diesen Punkten nochmals gegenüber der Kommission zu positionieren.

① Weitere Informationen können in der Geschäftsstelle angefordert werden.

[Gregor Wolf]

## AGRAR- UND ERNÄHRUNGS- WIRTSCHAFT

### Etat des BMEL wird aufgestockt

Ende November hat der Deutsche Bundestag den Haushalt für 2016 verabschiedet. Dabei wurde der Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) insgesamt um knapp 345 Mio. Euro aufgestockt. Demnach sind für das Jahr 2016 Ausgaben in Höhe von rund 5,6 Milliarden Euro vorgesehen. Schwerpunkte werden dabei auf den gesundheitlichen Verbraucherschutz, eine ausgewogene Ernährung, eine zukunftsfähige Landwirtschaft und auf vitale und attraktive ländliche Regionen gelegt.

Mit rund 3,8 Milliarden Euro ist die Agrarsozialpolitik die größte Ausgabenposition im Etat des BMEL. Dahinter folgt die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK). Diese wurde auf 650 Millionen Euro erhöht. Zusätzlich werden weitere 100 Millionen Euro für den Sonderrahmenplan Hochwasserschutz bereit-

gestellt. Diese Mittel der GAK machen es möglich, künftig mehr in die Wirtschaft und die Infrastruktur der ländlichen Räume zu investieren.

Die landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde um 78 Millionen Euro aufgestockt. Dadurch werden die Betriebe entlastet und das Liquiditätshilfeprogramm für Milch- und Fleischerzeuger, das im November 2015 in Kraft getreten ist, ergänzt.

Der BGA begrüßt die zusätzlichen Mittel für das BMEL. Allerdings ist es zu bedauern, dass die Mittel zur Verstärkung der Außenhandelsbeziehungen im Vergleich zum ablaufenden Jahr unverändert bleiben. Hier hätte eine Chance bestanden, die Bemühungen zur Erschließung von neuen Absatzmärkten durch mehr Personal zu verbessern.

[Sebastian Werren]

## UMWELT

### Neue Stoffbeschränkungen für Erzeugnisse mit Bestandteilen aus Gummi und Kunststoff

Der BGA weist auch an dieser Stelle nochmals daraufhin, dass ab dem 27. Dezember 2015 für die allgemeine Öffentlichkeit zugänglichen Produkten, deren Bestandteile aus Kunststoff oder Gummi bestehen, nicht mehr in Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie mehr als 1 mg/KG eines der aufgeführten polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) enthalten und bei normaler oder vernünftigerweise vorhersehbarer Verwendung unmittelbar, länger oder wiederholt für kurze Zeit mit der menschlichen Haut oder der Mundhöhle in Berührung kommen. Davon sind insbesondere Sportgeräte wie Fahrräder, Haushaltsgeräte, Werkzeuge für den privaten Gebrauch, Bekleidung, Schuhe, Handschuhe, Sportbekleidung, Uhrenarmbänder und Armbänder.

Hersteller und Importeure solcher Produkte sollten daher dafür sorgen, dass ihre Produkte, falls ein Kontakt nicht ausgeschlossen ist, die entsprechenden Werte nicht überschreiten. Verstöße gegen Anhang XVII können mit Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren sanktioniert werden. Bei Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit eines anderen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert kann sogar bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verhängt werden.

Die REACH Verordnung sieht neben den Zulassungen auch Beschränkungen vor, die im Anhang XVII der REACH VO gelistet werden. Durch Beschränkungen werden die Herstellung, das Inverkehrbringen oder Verwendung eines bestimmten Stoffs, der ein unannehmbares Risiko für die menschliche Gesundheit darstellt oder die Umwelt birgt, beschränkt oder verboten. Derzeit befinden sich im Anhang XVII 64 Stoffe, Stoffgruppen oder Gemische, für die Beschränkungen bei der Herstellung, Verwendung und Inverkehrbringen gelten. Diese gelte auch für Erzeugnisse und damit auch für importierte Erzeugnisse.

- ① Eine, allerdings rechtlich unverbindliche, aktuelle Fassung der REACH VO samt allen Anhängen wird auf der Homepage des REACH-CLP-Biozid-Helpdesk der BAuA unter <http://www.reach-clp-biozid-helpdesk.de/de/Rechtstexte/RText-REACH/RText-REACH.html> zur Verfügung gestellt.

[Michael Faber]

## BGA »DIREKT-SERVICE«

### Bitte per Fax an 030 590099-519

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

- Informationen zu Konfliktmineralien

E-Mail Adresse

### Zitat der Woche

**»Für uns zählt einzig und allein die Wahrheit. Dabei machen wir vor nichts und niemanden halt.«**

Matthias Müller, VW-Vorstandsvorsitzender, zur Aufklärung des Abgasskandals

### Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin  
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519  
[info@bga.de](mailto:info@bga.de) | [www.bga.de](http://www.bga.de)

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 10. Dezember 2015  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich